

Datum: 03.05.2016

Gesundung der Kommunalfinanzen ist die Nagelprobe für Politikfähigkeit SGSA widerspricht Landesrechnungshof und pocht auf Zusagen

Magdeburg.- Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA) ist der Meinung des Landesrechnungshofs entgegengetreten, der Landeshaushalt habe keinen Spielraum für die in der Koalitionsvereinbarung verabredeten Gelder für die Kommunen. „Es hat keinen Sinn, weiter Haushaltslöcher des Landes auf die Kommunen zu verschieben“, betonte SGSA-Landesgeschäftsführer Jürgen Leindecker. „Ziel der Landespolitik muss es vielmehr sein, durch Aufgabenkritik und Aufgabenverzicht den Regulierungswahn zu beenden und Standards auf ein vertretbares Maß zurückzufahren. Dann gibt es auch den notwendigen Spielraum, die finanziellen Vorgaben des Koalitionsvertrags zu erfüllen.“

Die in der Koalitionsvereinbarung verabredeten Gelder für die Kommunen sieht der SGSA als einen „ersten Schritt in die richtige Richtung“ an. Die Unterfinanzierung der Kommunen sei in den letzten Jahren offenkundig. Das Anwachsen der Kassenkredite dafür ein klarer Beweis. „Kein Gesetzgebungsverfahren ohne neue Aufgaben für die Kommunen, keine Investition ohne umfangreichste Antragsverfahren für Zuschüsse, keine Zuschüsse ohne umfangreichste Verwendungsnachweisprüfung, keine Entscheidungen ohne Rückforderung

von Zinsen oder Finanzierungsanteilen“, erläuterte Jürgen Leindecker die Crux. Die Selbstverwaltung drohe sich endgültig festzufahren im Gestrüpp von Bürokratie, Aufsicht und Rechnungsprüfung.

Die jetzt vereinbarten Finanzmittel für die Kommunen zeigten erstmals die Erkenntnis, dass diese Spirale gestoppt werden müsse. „Die neue Koalition muss anhand dieser Zusagen ihre Politikfähigkeit beweisen“, meinte Leindecker. Leindecker bot dem Rechnungshof an, gemeinsam Wege der Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung zu suchen. Mit den knappen öffentlichen Mitteln verantwortungsbewusst umzugehen, sei eine Herausforderung an alle Verantwortungsträger.